

Reformbedürftigkeit des amerikanischen Strafprozesses.

Neue Ausschreitungen wegen Sacco-Banzetti.

Bundesanwalt Tuttle vom New Yorker Distrikt erklärte in einer Ansprache, ohne den Sacco-Fall ausdrücklich zu nennen, der amerikanische Strafprozess sei von einem der obersten Bundesrichter als Skandal bezeichnet worden. Kürzliche Vorkommnisse zeigten jedoch, daß es sich nicht nur um einen nationalen Skandal, sondern auch um eine nationale Gefahr handle, die im Inland das Vertrauen und die Sicherheit zerstöre und im Ausland Kritik und Protest erzeuge. Die Reform des Strafprozesses sei eine alte Forderung und jetzt eine Sache der nationalen Sicherheit.

Inzwischen dauern die Kundgebungen wegen Sacco-Banzetti fort. In Hamburg kam es zu besonders schweren Ausschreitungen, wobei ein

Polizeiwachmeister getötet

wurde. Er wurde aus einem Straßenbahnwagen herausgerissen und in schwerster Weise mißhandelt. Es gelang ihm, sich loszureißen und zu fliehen. Aber er brach bald infolge der erlittenen Kopfverletzungen zusammen und wurde nun von etwa 50 bis 60 jungen Burschen umringt und von einem von ihnen erstochen. Der Mörder entkam im Schutze der Nacht. Infolge der Mordtat sind alle kommunizistischen Kundgebungen in Hamburg bis auf weiteres verboten worden.

Weiteres Opfer der Hamburger Unruhen.

Berlin. Einer der Mittwochabend bei den Unruhen anfänglich der kommunistischen Demonstrationen verletzten Demonstranten ist seinen Verletzungen erlegen.

Die von der Kommunistischen Partei für morgen abend einberufene Protestkundgebung „Wegen Arbeitermord“ (von der bestialischen Ermordung des Polizeibeamten liest man kein Wort!) ist vom Senat auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung verboten worden.

Die amerikanischen Konsulate in Sachsen unter polizeilichem Schutz.

Wie wir von amtlicher Seite hören, sind die amerikanischen Konsulate in Dresden und Leipzig in diesen Tagen unter besonderen polizeilichem Schutz gestellt worden, weil die Befürchtung vorlag, daß vor diesen Gebäuden Demonstrationen und Tumulte entstehen könnten.

Auf das Verbot der öffentlichen Kundgebungen für Sacco und Banzetti hin haben sowohl die Kommunisten, wie die Sozialdemokraten gemeinsam mit dem Reichsbanner ihre geplanten Kundgebungen in geschlossenen Mitgliederversammlungen abgeändert. Das Polizeipräsidium hat die Parteien aber darauf hingewiesen, daß Demonstrationen jeder Art nach den Versammlungen nicht geduldet werden.

Kommunistische Ruhestörungen in Dresden.

Dresden, 26. August. Die Sozialdemokratische, wie auch die Kommunistische Partei hielten gestern abend Protestversammlungen ab, in denen die Abschaffung der Todesstrafe und die Freilassung von Max Högl gefordert wurde. Während die sozialdemokratische Versammlung ohne jede Störung sich auflöste, rotteten die Kommunisten sich auf den Straßen, besonders in der Wettiner Straße, zusammen. Der Polizei wurde bei dem Versuch, die Menge — in der Hauptsache halbwüchsige Burschen — auseinanderzutreiben, Widerstand geleistet. Eine Anzahl von Personen wurde verhaftet. Das amerikanische Konsulat, das durch einen verstärkten Polizeikordon abgeperrt war, wurde von einer raudaulustigen Menge bis in die Nachtstunden belagert. Weitere Zwischenfälle sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Die italienische Presse gegen französische Prestimänner.

Rom, 26. August. Die italienische Presse bezeichnet die ausländischen Blättermeldungen über eine deutsch-italienische Verständigung in der Mandatsfrage als eine französische Erfindung. Das Giornale d'Italia erklärt, daß die Meldungen jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Deutschland werde in nächster Zeit nicht die Mandatsfrage aufrollen, sondern die wirtschaftliche Durchdringung der Mandatsgebiete und Kolonien zuerst einmal vornehmen. Wenn die Kolonialfrage wieder akut werden sollte, müßte Italien infolge seiner gegenüber Deutschland ungünstigeren Wirtschaftslage seine Vorrechte geltend machen.

Bersäuerung des Flaggenstreites zwischen Magistrat und Hotels.

Berlin, 25. August. Der Flaggenstreit zwischen dem Berliner Magistrat und den Hotels scheint schärfere Formen annehmen zu wollen. Die städtischen Gesellschaften haben sich dem Hotelboykott des Oberbürgermeisters angeschlossen. Das für die Eröffnung der großen deutschen Kunstausstellung im Hotel „Eiplanade“ vorgesehene offizielle Frühstück will Oberbürgermeister Dr. Boß in seinen Privaträumen geben. Die Einladungen dazu sind bereits herausgegangen. Morgen treten Vorstand und Beirat des Vereins der Berliner Hotelbesitzer zu einer Besprechung des Flaggenstreites zusammen. Der Reichstagsabgeordnete Rolke wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Reichsorganisation der Hotelbetriebe an dieser teilnehmen. Seitens der Berliner Hotelbetriebe wird der Antrag gestellt werden, die von Berlin ausgehende Bewegung für das Nichtbeflaggen der Hotels auf das ganze Reich und die deutschen Auslands-hotels auszudehnen. Ferner wollen die Berliner Hotels nicht mehr die Zeitungen auslegen, die zum Boykott der Gaststätten aufgefordert haben. Auch andere Beschlüsse sollen auf der morgigen Besprechung gefaßt werden. Mehrere Berliner Großrestaurants sollen sich inzwischen den Hotels angeschlossen haben, die immer wieder erklären, daß ihr Beschluß, im Zeichen des Flaggenstreites keine Fahne des Reiches zu hissen, unwiderruflich sei.

Auch Preußen gegen die Berliner Hotels.

Berlin, 25. August. Wie das Berliner Tageblatt meldet, wird noch im Laufe des Freitags ein Beschluß der preußischen Regierung zum Flaggenstreit zwischen Magistrat und Hotels veröffentlicht werden. In Zukunft sollen auch von den preußischen Behörden diejenigen Hotels, die am Verfassungstage nicht in den verfassungsmäßigen Farben flaggen, gemieden werden.

Coolidge kandidiert doch?

Paris, 25. August. Der frühere Privatsekretär des Präsidenten Coolidge, Seemp, traf heute auf seiner Europareise in Paris ein. Gegenüber einem Journalisten erklärte er, daß Coolidge bei den kommenden Präsidentenwahlen wieder für die Republikaner kandidieren werde, wenn diese ihn darum ersuchen werden. Coolidge sei für Amerika geradezu der ideale Präsident.

Der Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes.

Hamburg, 26. August. Der Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes wurde gestern nachmittag in Hamburg eröffnet. Nach einigen Begrüßungsansprachen und einem Hoch auf den Reichspräsidenten gab der Parteivorstand Reichstagsabgeordneter Dreiwitz-Berlin den Bericht über die politische Lage. Der Redner wies darauf hin, daß gerade der Mittelstand neben den Kriegsoffizieren noch in der Nachkriegszeit die größten Opfer bringen müssen. Die Mittelstandspartei könne die deutsche Vergangenheit nicht vergessen, sie anerkenne aber auch die Gegenwart, die auch etwas Gutes habe. Im Parlament habe sich die Partei durch positive Mitarbeit darum bemüht, die Vorkriegsherrschaft der Sozialdemokratie mit brechen zu helfen. In der Außenpolitik wie in der Wirtschaftspolitik sei die Partei gegen jeden künstlich erzeugten Erfolg. Der Redner forderte sodann Unterstützung der deutschen Landwirtschaft, Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Änderung des Arbeitszeitgesetzes und ein vernünftiges Steuerrecht.

Prof. Dr. Brecht-Marburg trat dafür ein, daß auch die Mittelstandspartei ein eigenes Kulturprogramm ausarbeite. Das Reichschulgesetz bringe für die Partei keine Überraschungen, da die große Masse des kerndeutschen Mittelstandes stets christlich eingestellt gewesen sei. Die Frage des Konkordats sollte man abwartend etwas ruhiger betrachten.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die deutsche Delegation für Genf.

Zu deutschen Delegierten auf der am 5. September beginnenden achten Völkerverversammlung sind wie im Vorjahre Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann, Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus ernannt worden; außerdem werden als Delegierte wiederum Vertreter der großen Parteien des Reichstages an der Bundesversammlung teilnehmen, und zwar die Abgeordneten Graf Bernstorff, Dr. Breitscheid, Prof. Dr. Höpff, Prälat Dr. Kaas und Freiherr von Rheinbaben. Der Delegation werden ferner der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Bänder und der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium Dr. Weismann angehören, außerdem wird eine Reihe von Sachverständigen die Delegation begleiten.

Reichsrat für deutsch-französisches Abkommen.

Der Reichsrat erklärte sich in seiner öffentlichen Vollversammlung einverstanden, daß der deutsch-französische Handelsvertrag vorläufig in Kraft tritt. Gegen den Vertrag stimmte nur Hessen, und zwar mit Rücksicht auf seinen Weinbau. — Ferner erklärte sich der Reichsrat damit einverstanden, daß ein Abkommen mit Norwegen vorläufig in Kraft tritt, wonach norwegischen Fischkonserven in Tomatensoße der portugiesische und italienische Vertragszoll für Sardinen von 30 Mark für den Doppelzentner zugebilligt wird.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.

Der Vorstand der neugebildeten Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung trat dieser Tage zum erstenmal zusammen. Der neuernannte Präsident der Reichsanstalt, Geheimer Regierungsrat Dr. Schnip, sprach über die Überleitung der bisherigen Organisation der Arbeitsvermittlung und der Erwerbslosensfürsorge in die Reichsanstalt. Am 15. September soll das Reichsamt für Arbeitsvermittlung als Hauptstelle in die neue Reichsanstalt eingegliedert sein. Die Eingliederung der Landesarbeitsämter dürfte erst nach zwei bis drei Monaten möglich sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß, da die Reichsratsberatungen über den Reichsschulgesetzwurf noch nicht abgeschlossen seien, die Einberufung des Reichstages wahrscheinlich erst zum 5. oder 6. Oktober erfolgen werde.

Berlin. Das Protestschreiben des heffischen Staatspräsidenten Ulrich über den Zwischenfall bei der Verfassungsfeier in Gießen ist dem Reichswehrministerium zugegangen. Schwerin. Das Staatsministerium hat dem Landtag ein neues Landwirtschaftsamt anmerkungsfrei zugehen lassen, nach dem die Zahl der Arbeitnehmervertreter erhöht und die der Arbeitgebervertreter von 51 auf 30 herabgesetzt werden soll.

Basel. In hiesigen Gewerkschaftskreisen wird damit gerechnet, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und entweder nach Deutschland oder nach der Schweiz verlegt wird. In England und auch in Frankreich soll man mehr für die Schweiz gestimmt sein.

Paris. König Boris von Bulgarien ist inoffiziell in Versailles eingetroffen. Er stattete dem Präsidenten der Republik im Jagdschloß Rambouillet einen Besuch ab.

Danzig. Die amerikanischen Zerstörer „Whipple“ und „Barber“ sind in den Danziger Hafen eingelaufen, nachdem sie auf der See im Namen des Senats durch Oberregierungsrat Dr. Derezewski begrüßt worden waren. Der Kommandant machte in Begleitung des Konsuls der Vereinigten Staaten Besuch beim Präsidenten des Senats.

Deutsch-russischer Abend in Königsberg.

Königsberg. Auf Einladung des Meßsaates bereinigte sich Vertreter der Stadt Königsberg, der wirtschaftlichen Organisationen und der Universität mit den zahlreichen russischen Gästen, die die Herbstmesse besuchen, und den diplomatischen und wirtschaftlichen Vertretern der Sowjetunion in Königsberg zu persönlicher Fühlungnahme. Das Mitglied des Moskauer Ackerbaukommissariats Sawitschenow bezeichnete die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland als sinnlosen historischen Fehler und sagte weiter u. a.: Wir betwähren in dem, was wir auf dieser Wiese gesehen haben, den kraftvollen Aufstieg Deutschlands. Mit Freude empfanden wir es, daß Deutsche, allen voran Ostpreußen, die ersten waren, die den Wiederaufbau Rußlands unterstützten. Das werden wir Deutschland immer gedenken.

Maßnahmen der griechischen Regierung gegen die Pangalisten.

Athen. Der Sonderauschutz hat die Ausweisung von etwa hundert Personen vorgeschlagen, die in dem Verdacht standen, Beziehungen mit einer pangalistischen Organisation zu unterhalten. Unter diesen Personen befinden sich Frau Pangalos, mehrere frühere Minister und drei Defizoffiziere, die unter der Beschuldigung, eine Aufstandsbeziehung zugunsten Pangalos' zu organisieren, verhaftet worden sind.

Erdbeben der Generale Annetow und Denissow.

Moskau. Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion verwarf die Gnadenersuche der ehemaligen Generale Annetow und Denissow. Das Urteil wurde vollstreckt.

Zwischenfall vor der deutschen Botschaft in Washington.

Newyork. Vor der deutschen Botschaft in Washington ereignete sich ein Zwischenfall. Einige Betrunkenen bewarfen das Gebäude der Botschaft mit Flaschen und Steinen.

Seemanöverkatastrophe in Japan.

129 Seeleute ertrunken.

Die japanische Kriegsschiffen sind von einem überaus schweren Unglück betroffen worden. Bei nächtlichen Manövern ist auf der Höhe von Maizuru der Kreuzer „Jindzu“ mit dem Torpedobootszerstörer „Warabi“ zusammengestoßen. Dieser sank innerhalb 15 Minuten, wobei 90 Matrosen und 12 Offiziere ertranken. Von der Besatzung konnten nur 22 Personen gerettet werden. Gleichzeitig stieß der Kreuzer „Kata“ mit dem Torpedobootszerstörer „Ashi“ zusammen, wobei 27 Menschen ums Leben kamen. Die Schiffe „Jindzu“ und „Ashi“ sind stark beschädigt worden.

Zu den Zusammenstößen teilt das japanische Marineministerium mit: Das Geschwader hatte seine eigentlichen Manöver beendet und nahm auf der Rückfahrt zu seinem Stützpunkt Übungen in der Abwehr eines nächtlichen Torpedobootsangriffs vor. Der Mond war von den Wolken verhüllt, und die Schiffe fuhren mit abgeblendeten Lichtern mit Vollampf voraus, als die Torpedobootsflotte angriff. Offenbar wollten die Torpedoboots „Warabi“ und „Ashi“ dicht vor den Kreuzern vorbeikommen. Die Kreuzer aber konnten dann ihren Kurs nicht mehr rechtzeitig genug ändern, um einen Zusammenstoß zu vermeiden.

Die bei dem Zusammenstoß bei Maizuru beschädigten Kreuzer „Jindzu“ und „Kata“ sind Kreuzer zweiter Klasse von je 5940 Tonnen Wasserdrängung. Sie waren im Jahre 1923 erbaut. Der gesunkene Zerstörer „Warabi“ und der beschädigte Zerstörer „Ashi“ stammen aus dem Jahre 1921. Beide hatten 850 Tonnen Wasserdrängung.

Die Zahl der Opfer noch größer.

Das schwere Unglück, das die japanische Marine in der Nähe von Kioto betroffen hat, hat noch größeres Ausmaß angenommen. Im ganzen sind 12 Offiziere und 170 Matrosen ertrunken. Der eine Zerstörer wurde bei dem Zusammenstoß mit den Kreuzern glatt durchschnitten, vom anderen wurde das Heck mit 27 Mann fortgerissen. Von den kollidierten Schiffen ist der eine Zerstörer gesunken. Ein Zerstörer und ein Kreuzer mußten schwer beschädigt von anderen Schiffen ins Schlepptau genommen werden.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Eisenbahnkatastrophe am Mont Blanc. — Bisher 15 Tote.

Gestern nachmittag ist ein Zug der Strecke Montevers-Chamonix entgleist. Die Lokomotive und der erste Wagen stürzten in eine 15 Meter tiefe Schlucht. Das Unglück soll auf ein Verlassen der Bremsen zurückzuführen sein. In dem Wagen hatten sich 60 Personen befunden. Man zählt bisher 15 Tote und 20 Verletzte. Einige davon sollen sehr schwer verletzt sein. Unter den Toten befinden sich auch mehrere Alpinisten.

Schiffstragödie auf der Ostsee.

Stockholm, 25. August. Der Untergang des schwedischen Dampfers „Straggve“ im Ostseesturm stellt eine wahre Tragödie dar. Der einzige Gerettete, der Heizer des Dampfers, erzählte, daß mit dem Schiff 4 Personen untergegangen seien. 7 Personen hätten sich in ein Rettungsboot retten können. Ohne jede Nahrung und ohne Sicht eines Schiffes, sei dieses eine Woche lang auf der stürmischen See umhergeirrt. Den sicheren Tod vor Augen, hätte sich ein unter den Schiffbrüchigen befindliches junges Ehepaar in Wahnsinnsangst ins Meer gestürzt. Die anderen Schiffbrüchigen wurden tot im Boot aufgefunden.

Dauerregen über Berlin.

Berlin, 25. August. Ueber Berlin ging heute seit den frühen Morgenstunden ein Dauerregen nieder, der zahlreiche Ueberflutungen zur Folge hatte. Der Flughafen Tempelhof, dessen Kanalisierung erst im Bau begriffen ist, glich einem großen See. Zur Beseitigung der Wassermengen hatten mehrere Dampfpumpen der Feuerwehr stundenlang zu tun.

Die Ernte in Pommern stark geschädigt.

Stettin, 25. August. Nach Mitteilung des Vorstandes des Pommerschen Landbundes ist die Ernte in Pommern infolge der anhaltenden Regengüsse der letzten Tage stark gefährdet. Das zum großen Teil gemäht auf den Feldern liegende Getreide kann nicht eingefahren werden und fängt bereits an auszuwachsen. Diese Umstände haben den Pommerschen Landbund veranlaßt, die Reichsregierung und die preussische Regierung zu bitten, Gesamt-Pommern zum Noistandsgebiet zu erklären; ein entsprechender Antrag ist bereits im Preussischen Landtag eingebracht worden, besondere Mittel zur Entseminanzierung zur Verfügung zu stellen und weitgehende Wechselprolongationen zu veranlassen, während die Finanzminister des Reiches und von Preußen um sofortige Gewährung von Steuererleichterung und in besonders dringenden Fällen um Steuernachlaß gebeten worden sind. Der Reichswehrminister ist gebeten worden, die Truppenteile anzuweisen, zur Rettung der Ernte Mannschaften und Pferde schleunigst zur Verfügung zu stellen.

Schwere Brandkatastrophe in einem russischen Kino.

Riga. Nach Meldungen aus Moskau geriet in Wugurstan ein Kino während der Vorstellung in Brand. Es entstand eine furchtbare Panik, in der zahlreiche Kinder und Frauen erdrückt wurden. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt.

Wettersturz und Neuschnee in Tirol.

Innsbruck. Aus ganz Tirol wird Wettersturz gemeldet. In der Nacht entluden sich schwere Gewitter. Die Berge sind bis an die Waldgrenze hinab mit Neuschnee bedeckt. Inn und Eil führen Hochwasser. Auch aus Bozen und Meran wird Wettersturz und Neuschnee auf den Bergen gemeldet.

Deutsche Alpinisten verunglückt?

Paris. Aus Saint-Gervais-les-Bains wird berichtet: Am 17. August hätten morgens zwei deutsche Alpinisten eine Besteigung einer Gletscherspitze trotz herrschenden Sturmes und dichter Bewölkung ohne Führung versucht. Man habe seitdem keine Lebenszeichen von ihnen und befürchte einen Unglücksfall. Ein dritter Deutscher, mit dem sie vor dem Aufstieg zusammen übernachtet hätten, warte noch immer auf ihre Rückkehr. Die Papiere des einen der beiden Vermissten lauteten auf Dr. Grünwald, geboren zu Stettin, wohnhaft in Köln.

Der Erzbischof von Toledo gestorben.

Madrid. Der Erzbischof von Toledo, Cur. Metz y Casanova, ist gestorben.

Ein Münchener Polizeiwachmeister schwer verwundet.

München. Mittwoch nacht versuchten Einbrecher in ein Hochhaus einzudringen, wurden aber von einer Polizeistreife gestellt. Die Einbrecher setzten sich zur Wehr und verwundeten einen Polizeiwachmeister durch einen Schuß schwer.